

Edeltraud Lange bei der Abschlussdebatte zum Haushaltsplanentwurf 2013

- Es gilt das gesprochene Wort -

Unbefriedigendes Zahlenwerk aber geändertes Bewusstsein lässt für die Zukunft hoffen

Schaut man allein auf das Zahlenwerk als das Ergebnis unserer zurück liegenden Haushaltsberatungen fällt das Urteil eher ernüchternd aus. Wenn man mal die Anpassungen an die November Steuerschätzung mitsamt ihren Auswirkungen auf die Landeszuweisungen, die verringerte Kreisumlage und die geplanten Steuererhöhungen außer Betracht lässt, hat sich zahlenmäßig nicht viel bewegt. Es wäre sachgerechter gewesen, wenn man sich bei den konkreten Abstimmungen des öfteren an Frau Merkels schwäbische Hausfrau erinnert hätte.

Hat sich beim Zahlenwerk also nicht viel Konkretes getan, so war doch ein Bewusstseinswandel zu bemerken. Und zwar das Bewusstsein, dass nicht alles in Ludwigsburg immer Top und Spitze sein muss. Ein Bewusstsein, dass zum Beispiel bei Bildung und Betreuung zweckmässige und damit preiswerte Bauten den Kindern und Jugendlichen keineswegs schaden oder ihnen ihre Aufstiegs-Chancen verbauen.

Ich hoffe, dass dieser Bewusstseinswandel von Dauer sein und dann in den künftigen Haushalten der Stadt seine Spuren hinterlassen wird. Und vielleicht kommen wir auch auf einem anderen Gebiet noch einen Schritt weiter. Damit meine ich die stärkere und bessere, vor allem aber konkretere Beteiligung unserer Stadtteile an den sie betreffenden Entscheidungen. Dies wäre möglich über eine stärkere Einbindung der Stadtteilausschüsse bis hin zu unmittelbaren Bürger-Entscheidungen analog der kürzlichen Bürgerbefragung in Neckarweihingen.

Nachholbedarf gibt es auch beim Thema Ludwigsburg als Hochschulstadt. Die kürzlich eingeführte Erstwohnsitzkampagne ist ein erster Schritt. Aber er geht in die falsche Richtung, weil er eben doch in erster Linie nur dazu dient, höhere Zuweisungen vom Land zu bekommen.

Was die Studenten in Ludwigsburg brauchen und händeringend suchen, ist preiswerter Wohnraum. Mit mehr Angeboten an preiswerten Unterkünften könnte die Stadt für Studierende tatsächlich attraktiver werden. Die Stadt und ihre Tochter, die Wohnbau Ludwigsburg sind aufgerufen, hier rasch konkrete Lösungen anzubieten. An dieser Stelle will ich auch deutlich sagen: Die neuen Studenten-Appartements auf dem Walcker Areal bringen den allermeisten Studenten nichts. Sie sind viel zu teuer und können deshalb auch nur unter massiver finanzieller Mithilfe der Eltern bezogen und bewohnt werden.

Mehr Einsatz der Wohnbau ist auch notwendig für mehr Barrierearme beziehungsweise Barriere-freie Wohnungen im Stadtgebiet. Dies gilt insbesondere für Sanierungen im Bestand der Wohnbau. Mehr Einsatz ist auch erforderlich im Bereich des sogenannten sozialen Wohnungsbaus. Finanziell nicht auf Rosen gebettete Ludwigsburger haben zunehmend Mühe, eine für sie geeignete und bezahlbare Mietwohnung zu finden.

Erfreulich sind für mich die erkennbaren Fortschritte bei der Entwicklung der Stadtmitte hin zu einem attraktiven Stadtzentrum. Kennzeichen dieser positiven Entwicklung sind das neue Museum, die Eberhardstrasse und das Marstall-Center.

Ich habe schon letztes Jahr bemängelt, dass im Haushalt der Stadt viel zu viel von den Steuereinnahmen und den Zuweisungen des Landes konsumiert und viel zu wenig für Investitionen zurückgelegt wird. Das Ergebnis ist ein steigendes Haushalts-Defizit. Doch statt diesem Defizit mit einem konkreten Konsolidierungskonzept entgegen zu treten, unsere Rücklagen unangetastet zu lassen, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen, wird leider umgekehrt verfahren. Man bedient sich ungeniert bei den Rücklagen und bittet mit Steuererhöhungen die Bürger zur Kasse. Handwerker, Gewerbetreibende, Häuslesbesitzer und Mieter müssen das leisten, was die Stadt nicht geschafft hat: Den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben. Meine Haltung hierzu ist eindeutig. Ich habe meine Ablehnung von Steuererhöhungen zum Haushaltsausgleich in meinem abgelehnten Antrag deutlich gemacht.

Allerdings werde ich aus den dargelegten Gründen, also Steuererhöhungen zum Ausgleich zu hoher Ausgaben, bei der Abstimmung gegen den Haushaltsplan 2013, gegen die Haushaltssatzung 2013 und gegen die mittelfristige Finanzplanung 2012 bis 2016 stimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.